

delt werden. Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Aufwendungen für Zuschüsse an die Freien Träger der Kindertageseinrichtungen im Stadthaushalt um 662 600 Euro. „Die massiven Steigerungen stehen im Zusammenhang mit den Neuberechnungen der Elternbeiträge, die zum 1. August 2021 durch die Betreiber vorgenommen worden sind. In diesem Zusammenhang haben sich, speziell beim DRK, erhebliche Einbußen bei den zu realisierenden Elternbeiträgen ergeben“, heißt es im Haushaltsplan der Stadt.

Wir haben erreicht, dass das Thema Soziales immer in der Diskussion unter den Stadtverordneten präsent war. Der Neubau einer zweiten Grundschule in der Stadt beschäftigte uns genau so wie die Entwicklung der GefAS.

Gescheitert sind wir mit der Idee der Wahl eines Mieterbeirates bei der Wohnungsgesellschaft Erkner wie auch bei der Verlängerung der Mietpreisbremse und der reduzierten Kappungsgrenze in Wohnungsmietverträgen. Beide Anträge von uns fanden keine Mehrheit in der SVV.

Abgelehnt wurde auch unser Antrag zum städtebaulichen Vertrag für die Bebauung des Grundstückes Seestraße 24, darauf dass hier Parkplätze nicht auf öffentlichem Straßenland errichtet werden, der Uferbereich öffentlich zugänglich ist und ein Spielplatz errichtet wird.

Wir haben einen Antrag eingebracht, der bewirken sollte, dass die Stadtverwaltung zukünftig **keine befristete Einstellungen** mehr vornehmen kann, für Stellen, die auf Dauer angelegt sind. Dieser Antrag bekam 2021 eine Mehrheit. Der Bürgermeister hat diese Entscheidung mit seinem Veto belegt. Die Kommunalaufsicht meinte, dass die SVV das nicht entscheiden dürfe. In der 15. SVV (10. Februar 2022) wurde nun allgemein beschlossen: „Arbeitsverträge für Beschäftigte der Stadt Erkner sollen zukünftig nur noch mit sachlichem Grund befristet geschlossen werden. Auf sachgrundlose Befristung gem.

§ 14 TzBfG ist zu verzichten. In einer befristeten Ausschreibung ist der Grund der Befristung anzugeben.“

Sozialpolitik steht für die LINKE auch weiter im Mittelpunkt der Arbeit. Dazu zählen wir auch die Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Stadt. Beschlüsse zum Bau einer Querungshilfe in der Neu Zittauer Straße und der Einsatz der Geschwindigkeitsmessanlagen sind gefasst, müssen aber noch realisiert werden. Wir erreichten eine Sondersitzung der SVV im März 2022, die sich mit dem langjährigen Verkehrschaos in der Lange Straße beschäftigte. (siehe Beitrag „Steppkes und Straßenverkehr“)

Im Bürgerhaushalt, von uns ins Leben gerufen, wurden 2021 erstmals 20 000 Euro für Ideen von Kindern und Jugendlichen geplant. Im Mai 2022 nimmt die Verwaltung neue Vorschläge für das nächste Jahr entgegen. Beteiligen Sie sich mit Ihren Ideen.

Dr. Elvira Strauß

stellvertretende Vorsitzende der Fraktionen

Termine

- 16.5.2022, 18.30 Uhr: 16. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur
- 17.5.2022, 18.30 Uhr: 16. Sitzung des Ausschusses Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr
- 18.5.2022, 18.30 Uhr: 16. Sitzung des Ausschusses Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus
- 31.5.2022, 18.30 Uhr: 16. Sitzung des Hauptausschusses
- 16.6.2022, 18.30 Uhr: 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Erkner

■ **Versammlungsorte**
 Fachausschüsse und SVV: Carl-Bechstein-Gymnasium, Neu Zittauer Straße 2, Aula;
 Hauptausschuss: Rathaus, Friedrichstraße 6-8, Bürgersaal
 Über die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Weitere Informationen im Internet unter: <https://sessionnet.krz.de/erkner/bi/info.asp>.
 Termine der öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Internet unter www.linke-erkner.de.

Kurz und bündig

■ Phenolblase behindert Trinkwassergewinnung, nicht aber den Neubau von Wohnungen

Erstaunlich, was Tesla so alles ans Tageslicht bringt. In einer Antwort der Landesregierung Brandenburg auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE heißt es: „Bei Erkner gibt es als Altlast eine Phenolblase im Erdreich, die verhindert, dass die dortige Wasserfassung voll ausgeschöpft werden kann. Nach Darstellung des Wasserverbands Strausberg-Erkner ... ist für die Wasserfassung Erkner Nord eine Entnahmemenge von 2,19 Mio. m³ pro Jahr genehmigt, es können aber nur 0,8 Millionen m³ in Anspruch genommen werden, weil sich die Phenolblase sonst in Bewegung setzen würde. Vor dem Hintergrund des Wassermangels in der Region ist dies gravierend.“

Die Erkneraner kennen das Problem mit den giftigen, krebserregenden Substanzen im Boden seit über 150 Jahren. Es gab und gibt umfangreiche, teure Sanierungsarbeiten. Bisher flossen etwa 36,4 Mio. Euro von Land und Bund. Jetzt kommt das Landesministerium zu der Einschätzung; „Eine vollständige Beseitigung des komplexen Boden- und Grundwasserschadens im Bereich des ehemaligen Industriegeländes Erkner ist unter den gegebenen Standortbedingungen technisch nicht möglich und wäre auch nicht mit verhältnismäßigen Kosten und Mitteln realisierbar.“ Die Gefahr kann nur reduziert werden.

Die Stadtverwaltung Erkners sieht das anders, durch die Brille eines Bodengutachtens, das im Auftrag eines Investors angefertigt wurde. Die 15. SVV beschloss mehrheitlich, das Gelände zwischen Bahnhof und Tankstelle mit Wohnungen bebauen zu lassen.

■ Die neue Grundschule ist tot

Seit dem Beschluss des Haushaltsplanes 2022 der Stadt Erkner ist es offiziell: Es wird keine zweite Grundschule geben. Neueste wissenschaftliche Voraussagen zeigen,

die Schülerzahlen werden nicht so schnell steigen wie bisher angenommen. Außerdem kann sich Erkner einen Neubau nicht leisten. Wir hätten Geld, Zeit, Gedanken und Nerven sparen können, wenn wir nicht so optimistisch gewesen wären. Nun ist aber ein neues Problem aufgetaucht: Die Sporthallenkapazität reicht nicht für den Sportunterricht an der Grundschule. Ein Problem wurde begraben, ein neues ist auferstanden.

■ Bauvorhaben ins nächste Jahr verschoben

Die Welt hat riesige Probleme, Pandemie, Krieg, Umweltzerstörung, Inflation, Materialknappheit und Fachkräftemangel. Wir bemerken es alle: Preise steigen, Handwerker sind schwer zu bekommen, Lieferketten funktionieren nicht, öffentliche Ausschreibungen laufen ins Leere, Risiken speziell für Bauherren steigen und sind zum Teil nicht kalkulierbar. Die Wohnungsgesellschaft Erkner hat sich unter den Bedingungen gezwungen gesehen, die geplanten Maßnahmen zum Umbau, der Aufstockung und der Sanierung in der Friedrichstraße 10-12 a ins Jahr 2023 zu verschieben.

■ KITA-Rechtsreform in Brandenburg

DIE LINKE verlangt mit einem Antrag in der nächsten SVV: Der Bürgermeister der Stadt soll beauftragt werden, sich gegenüber der Landesregierung für die umgehende Fortsetzung des Prozesses zur Reform des KITA-Rechts in Brandenburg stark zu machen.

Elvira Strauß,

Mitglied im Haupt- und Bildungsausschuss

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Erkner;
 V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, stellv. Fraktionsvors.,
 E-Mail: Elvira_strauss@web.de;
 Redaktionsschluss: 21.4.2022, Auflage: 1 000;
 Druck: Saxoprint, Dresden

Erkner – ungefiltert

DIE LINKE.

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Erkner

Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV
 Nr. 1/2022 • 21. April 2022

Steppkes und Straßenverkehr

Grundschulcampus an der Lange Straße steht in den Sternen

Bleibt es nun beim Einzug der Lange Straße? Sie hatten es sich so schön vorgestellt. Die Planer und die Stadtverordneten der Stadt Erkner: Der Schulhof der Löcknitz-Grundschule sollte schon vor Jahren kindgerecht umgestaltet und der über die Straße gegenüber der Schule angesiedelte Hort „Koboldland“, so war die Planung, einbezogen werden. Eine Einheit von Schule und Hort. Sport und Spiel könnten dann auf dem Hortgelände stattfinden. Und das Ganze nannte man dann eben einen Campus, einen Schul-Campus, geeignet auch für den Ganztagschulbetrieb, für moderne Pädagogik und der Zukunft zugewandt.

Dumm nur, dass da zwischen Schule und Hort eine Straße läuft. Und da ist seit Jahren ein Verkehrschaos morgens und mittags vorprogrammiert. Eltern bringen und holen die Kinder gern mit dem Auto, Stichwort: Elterntaxi.

Kein Problem, so die Planer. Schließen wir die Straße und richten eine Wendehammer an beiden Seiten ein. Dann geht es eben bis dahin und zurück. Die Stadtverordneten waren es zufrieden und beschlossen im Jahr 2017 einstimmig, die Lange Straße möge in Höhe des Schulgeländes eingezogen werden. Das heißt, dass es in diesem Bereich keine Straße mehr geben sollte.

Ein Sturm der Empörung der Anrainer brach in der Folge los. Die Einen sahen den Kirchgang gefährdet, die anderen den freien, unbehinderten Zugang zu ihrem Grund-

stück. Woher sollte ein Lieferant auch wissen, in welchem Ende der Lange Straße sein Kunde saß?

Die Stadt tat zunächst nichts. Oder doch, sie plante neu. Und kam die Idee auf, eine Einbahnstraße einzurichten. Dann käme das Elterntaxi nur aus einer Richtung, das tägliche Chaos erhielte plötzlich eine Struktur, eine Richtung eben. Und die Kleinen, für die das ja alles in die Wege geleitet werden sollte, brauchten dann auch nur gegen eben diese eine Richtung acht zu geben. Und das kann man wohl auch von Schulkindern verlangen.

Und so geschah es! Egal, was das Stadtparlament beschlossen hatte.

Klar! Der Schul-Campus war damit dahin. Während der Schulzeit durften die Kinder nur unter der Aufsicht eines Lehrers von der Schule zum Hort wechseln und zurück. Aber sei's drum! Und wozu auch?



Foto: Jürgen Strauß

Aktueller Straßenübergang in der Lange Straße zwischen der Löcknitz-Grundschule (links) und dem Hort „Koboldland“ (rechts)

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtparlament allerdings meinte nun, das könne es ja nicht für alle Zeiten gewesen sein. Und auf unseren Antrag sollten sich die Stadtverordneten, und ja, auch die Stadtverwaltung, der Fortentwicklung der Sache stellen. So kam es zu einer außerordentlichen Sitzung des Stadtparlaments am 10. März 2022.

Vorsorglich hatte die Stadt einen Antrag angekündigt, jenen Beschluss zur Einziehung der Lange Straße aufzuheben. Soweit kam es dann indessen nicht.

Es soll vielmehr weiter und neu überlegt werden. Fest steht nämlich, dass die Schule eine neue Sporthalle braucht. Nur wohin damit? Ideal wäre sie auf dem Hortgelände. Aber es gibt wohl auch Alternativen. Die will die Stadt nun unverzüglich prüfen. Ich denke, da bleiben wir am Ball!

Und was die Lange Straße betrifft, auch da gibt es wieder so den Einen oder Anderen Gedanken. Was, wenn wir die Lange Straße in Höhe der Schule nur für die Schulzeit sperren, Stichwort: Poller? Was, wenn wir die gesamte Lange Straße sperren – und Verkehr für die Anlieger nur mit Anliegerausweis zulassen? Das Halten der Eltern wäre dann vielleicht auf dem Parkplatz neben der Sporthalle möglich, zumal wenn diese abgerissen wird. Was, wenn wir auf der Friedrichstraße im Bereich der Schulpforte eine bloße Haltespur, ausschließlich zum Abladen und Aufnehmen der Schulkinder einrichten? Viele Ideen können so zusammenkommen. Man muss nur bereit sein, sie auch zuzulassen.

Wir jedenfalls, werden am Ball bleiben. Wir hatten schon viel zu lange gewartet ...

Michael Voges, Mitglied im Hauptausschuss

Hundesteuer – ab 1.1.2023 wird es teuer

Grundsätzlich bin ich gegen eine Hundesteuer. Eingeführt als Luxussteuer vor Jahrhunderten; inzwischen von einigen Ländern in Europa wieder abgeschafft. Der Hund ist in heutiger Zeit ein Kumpel, ein Helfer, Familienmitglied oder Seelentröster. Unabhängig davon hat der Kämmerer der Stadt Erkner im Januar angekündigt, die Hundesteuersatzung von 2001 zu überarbeiten und die Steuersätze um etwa 30 Prozent anzupassen.

Als der erste Entwurf durch die Verwaltung vorgelegt wurde, stachen die Anpassungen von 43–95 Prozent ins Auge. Bisher kostete der 1. Hund 42 €; der 2. 54 € sowie der 3. und jeder weitere 72 €. Geplant waren 60 €; 105 € und 120 € pro Jahr. Für sogenannte gefährliche Hunde soll ab 1. Januar 2023 erstmalig ein Steuersatz von 300 Euro erhoben werden. Angewandt wird der neue Steuersatz auch für Bestandshunde. Eine Befreiung oder Ermäßigung ist für solche Tiere nicht vorgesehen! Eine vollständige Befreiung für Empfänger von Hartz IV und Grund-

sicherung – von unserer Fraktion angeregt – war nicht vorgesehen. Eine Befreiung von der Steuer für Tierschutzhunde, ebenfalls von unserer Fraktion angeregt, war im zweiten Entwurf drin.

Im Finanzausschuss haben wir uns auf eine Prüfung der Steuersätze für den 2. und 3. Hund verständigt. Es gab noch Gesprächsbedarf zum Halterbegriff. Das wollte die Verwaltung prüfen.

Zum Hauptausschuss sollte die überarbeitete Form kommen, was auch geschah. Die Sätze für den 2. und 3. Hund wurden um 15 Euro gesenkt, also 1. Hund 60 €; 2. Hund 90 €; 3. und weitere 105 €.

Für Hartz IV- und Grundsicherungsempfänger wurde der Satz der Ermäßigung von 50 auf 60 Prozent verändert. Der Kreis der Anspruchsberechtigten auf Steuerermäßigung wurde für Inhaber eines Schwerbehindertenausweises mit Merkzeichen erweitert.

Es gab also Bewegung, wofür ich mich bedanke, aber unter § 3 der neuen Satzung

wurde vom Kämmerer dann ein ganz neuer Satz eingefügt. Die Steuerbefreiung für Tierschutzhunde gilt nur für jene Tiere, die ab dem 1. Januar 2023 angeschafft werden. Begründet wird das mit erheblichem Aufwand bei der Erhebung der Steuer. Es soll ein Zeichen in die Zukunft setzen, um Tierheime zu entlasten.

Dabei haben wir noch gar nicht darüber gesprochen, dass mit der neuen/angepassten Satzung auch wieder nur die zur Kasse gebeten werden, die sich an das Gesetz halten und regelmäßig ihre Hundesteuer gezahlt haben. Jene, die das nicht so genau nehmen, sind da fein raus und zahlen weiterhin keine Hundesteuer. Seit Jahren nimmt die Stadt etwa 30 000 Euro Hundesteuer bei etwa 830 gemeldeten Hunden ein. Gerade in Coronazeiten entsteht der Eindruck, als gäbe es viele neue Hunde in Erkner; der Trend geht ja eh zum 2. oder 3. Hund.

Es wird ausgiebig über Bestandserhebung, An- und Abmeldung, Pflichten des Halters zur Anbringung der Steuermarke, Ordnungswidrigkeiten und Gebühren für Fehlverhalten des Halters geschrieben.

Dabei ist bisher keine neue Bestandserhebung geplant. Diese sei zu aufwendig für die Stadt. Das Ordnungsamt prüfe auch nur den ruhenden Verkehr und nicht die Gültigkeit von Steuermarken, so Herr Wolter, stellvertretender Bürgermeister-

Sein Chef sagt, auf Nachfrage, dass er das Geld für mehr Sauberkeit im Stadtgebiet brauche. Die Hundesteuer ist eine allgemeine Steuer, die in den großen Topf fließt und dann auch überall Verwendung findet (Straßenreinigung, Vereinsförderung, Sanierun-



Foto: Andrea Pohl

gen im Bildungsbereich). Man hat keinen Anspruch auf eine direkte Gegenleistung.

Zur Stadtverordnetenversammlung (SVV) am 7. April lag nun die geänderte Hundesteuersatzung zur Abstimmung vor. Versuche unsererseits, noch Änderungen einzubringen, wurden abgelehnt und schlussendlich durch Herrn Wudtke (SPD) wiederum der Abbruch der Diskussion beantragt. Mit der Mehrheit der SPD- und CDU-Stadtverordneten wurde die neue Satzung beschlossen und die Verwaltung kann den Hundehaltern ab 1. Januar 2023 tiefer in die Tasche greifen!

Ich empfehle den Hundehaltern, die neue Satzung aufmerksam zu lesen und die Möglichkeiten von Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen rechtzeitig zu beantragen. Gegebenenfalls sind die neuen Steuerbescheide bei der Verwaltung zu hinterfragen, denn viele Passagen sind einfach nur von anderen Städten abgeschrieben und berücksichtigen nicht die Interessen der Tierhalter. Schließlich muss die Steuersatzung wirtschaftlich sein und darf der Verwaltung bei der Erstellung und der Umsetzung nicht zu viel Arbeit machen!

*Andrea Pohl
Mitglied im Haupt-, Finanz- und
Stadtentwicklungsausschuss*

750 000 Euro – SVV übertölpelt

Zugegeben! Der Titel scheint auf den ersten Blick etwas sperrig und schwer zu deuten. Und dennoch fasst er genau zusammen, was sich in jener April-Sitzung der SVV der Stadt

Erkner zugetragen hat. Ohne Ankündigung, ohne jede Möglichkeit sich vorab sachkundig zu machen, sollten die Stadtverordneten nach dem Willen der Verwaltung der Stadt

erlauben, bis zu 750 000 Euro an Planungsleistungen für den Neubau des Gerhart-Hauptmann-Forums zu vergeben.

Eigentlich verbietet die Geschäftsordnung der Stadtverordneten die Aufnahme eines Tagesordnungspunkts in die Tagesordnung, wenn er nicht 16 Tage vor dem Sitzungstermin vorliegt. Eigentlich! Ausnahme: Die Frist konnte auf gar keinen Fall eingehalten und bis zur nächsten Sitzung in etwa zwei Monaten kann auf gar keinen Fall gewartet werden. Also eine völlig unerwartete und ganz dringende Angelegenheit. Gewissermaßen unvorhersehbar und lebenswichtig sofort zu entscheiden. Zur Dringlichkeit einer Entscheidung ist in dem Beschlussentwurf indes nichts, gar nichts gesagt.

Und auch aus der Sache selbst ergibt sich nicht, dass hier nicht mit Muße aufgeklärt, debattiert, gestritten und endlich entschieden hätte werden können. Immer-

hin geht es um 750 000 Euro! Wo kommen die her, wo gehen sie hin? Wer finanziert sie, wofür sollen sie genau ausgegeben werden? Und warum taucht die Dringlichkeit, sie auszugeben, so plötzlich auf?

Alles Fragen, auf die es keine Antwort gibt. Jedenfalls nicht in der SVV. Unsere Bemühungen – der Fraktion DIE LINKE –, da ein wenig zur Aufklärung – oder auf den vorgesehenen Weg zu einer ordentlichen Beschlussfassung zu kommen, scheitern. Denn frohgemut und ungeachtet der Sach- und Rechtslage entscheidet die Mehrheit der Stadtverordneten, dass die Stadtverwaltung wohl schon weiß, wo es lang geht, lässt sich übertölpeln und folgt dem Beschlussentwurf – und das mit dem Ergebnis unbelegter, nicht gedeckter Ausgaben von bis zu 750.000 Euro.

*Michael Voges
Vorsitzender des Finanzausschusses*

Licht und Schatten

Eine Bilanz zwischen den Kommunalwahlen

Die Fraktion DIE LINKE in der SVV hat versucht, in der von der Corona-Pandemie gezeichneten Zeit, ihrem Wählerauftrag gerecht zu werden. Seit Langem bemühte sich die Fraktion DIE LINKE um **mehr Transparenz in der Kommunalpolitik**. Jetzt gibt es den **Livestream**, in dem die SVV mitverfolgt werden können. Auch, wenn die Übertragungen nicht unseren Vorstellungen entsprechen, ein Anfang ist mit der Probephase gemacht. Viele interessierte Einwohner der Stadt bemängeln, dass die Diskussionen unverständlich bleiben, weil Beiträge von einigen Verwaltungsmitarbeitern und einigen Stadtverordneten nicht zu hören oder zu sehen sind. Hoch lebe der Datenschutz als Argument gegen die Transparenz. Wir werden uns mit der gegenwärtigen Lösung nicht zufriedengeben und hoffen auf viele Klicks bis

zum Ende des Jahres. Damit auch in Zukunft die Demokratie eine Chance hat.

Unser Wahlversprechen war, uns um Lösung sozialer Probleme zu kümmern.

Das langjährige Bemühen der LINKEN um eine neue **Satzung der Elternbeiträge für die Erkneraner Kitas und den Hort** führte dazu, dass die Satzung aus dem Jahr 2001 nun endlich außer Kraft gesetzt ist. Auf einen gemeinsamen Antrag der LINKEN und der SPD hin, gibt es seit April 2021 Empfehlungen der Stadt für die Kalkulation, die Festsetzung und die Erhebung von Elternbeiträgen durch die freien Träger der Kindertagesstätten. Dieser Leitfaden und seine Eckpunkte sollen in alle Betreiberverträge eingearbeitet werden, die gegenwärtig zwischen Stadt und freien Trägern ausgehan-